

Lokale Netzwerke stärken, Dialog- und Diskussionsräume öffnen!

Liebe Freundinnen und Freunde von HAUKARI e.V.,

was für ein friedensfernes Jahresende! In unserem Nachbarland Österreich übernimmt die rechtsextreme FPÖ Regierungsverantwortung, besetzt Außen- und Innenministerium und verstärkt die wachsende Riege nationalistischer Kräfte in europäischen Regierungen. Aus Deutschland werden im Schatten der ideenlosen Groko, Koko und Co.-Debatten die Abschiebungen von Geflüchteten nach Afghanistan wiederaufgenommen und Millionen investiert, um Flüchtende im Mittelmeer in libysche Sklavenlager zurückzuführen und elektronische Grenzzäune an der libysch-tunesischen Grenze zu errichten. Derweil eskalieren im Nahen Osten nach Trumps Ankündigung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, die Konflikte, ist für das in Trümmern liegende Syrien keine politische Lösung in Sicht und drohen sich die bisherigen Stellvertreterkriege von Saudi-Arabien und Iran in Libanon und Jemen zur direkten Konfrontation der beiden Regionalmächte zu entwickeln.

Auch unsere PartnerInnen, FreundInnen und KollegInnen in der kurdischen Region im Irak gehen mit Wut und Bitterkeit in den Jahreswechsel. In den letzten Wochen hat sich die Situation dort dramatisch verändert. Noch in unserem Rundbrief vom November 2016 schrieben wir optimistisch, in der gemeinsamen Offensive der irakischen Armee und kurdischer *Peshmerga* zur Befreiung der Stadt Mossul vom „Islamischen Staat“ liege eine Chance zur Beilegung der Konflikte zwischen irakischer und kurdischer Regierung.



Frauen im Geflüchteten camp Alwand / Khanaqin Foto: © 2016 Mark Mühlhaus / www.attenzione-photo.com

Heute, ein Jahr später, sind diese Konflikte eskaliert und ist das Verhältnis auf dem Tiefpunkt. Und als der irakische Ministerpräsident Al-Abadi am 9.12.2017 den militärischen Sieg über den „Islamischen Staat“ im Irak verkündete, erwähnte er die Beteiligung der kurdischen *Peshmerga* mit keinem Wort.

Rückblick: Umstrittenes Unabhängigkeitsreferendum

Mit dem Rückenwind der im Kampf gegen den Islamischen Staat gewonnenen internationalen Unterstützung und Anerkennung hatte Massud Barzani für September 2017 eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Kurdischen Region im Irak angesetzt. Die Referendumspläne stießen auf heftige Proteste bei der irakischen Regierung ebenso wie den Nachbarstaaten Türkei und Iran und der internationalen Anti-IS-Koalition. Aber auch die kurdische Region selbst war daran tief gespalten: Während Massud Barzanis Demokratische Partei Kurdistans (DPK) und Teile der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) das Referendum zur Jahrhundertfrage erklärten und in den DPK-dominierten Regionen Duhok und Erbil Kurdistan-Fahnen-schwenkende Menschen ganze Stadien füllten, überwog in den von der Oppositionspartei Gorran und den traditionell PUK-dominierten Regionen Sulaimania und Germian die Ablehnung. Hier wurde auf die instabile Situation, die akute Finanzkrise, die Schwäche der Regierungsinstitutionen verwiesen und darauf, dass mit dem Ablauf von Massud Barzanis Amtszeit und der Auflösung des Parlaments seit 2015 dem Referendum

jegliche demokratische Legitimierung fehle. Die Abstimmung, so wurde hier argumentiert, diene lediglich der Stabilisierung einer von Korruption geprägten Parteienherrschaft.

Dass sich dann dennoch 70% der kurdischen Wahlberechtigten am Referendum beteiligten und 93% mit JA stimmten, ist nur zu verstehen mit einem Blick in die jahrzehntelange Verfolgungsgeschichte der KurdInnen im Irak, die immer neuen Gewaltkonflikte und Krisen in der Region wie zuletzt den Vormarsch des IS nach Jahren der Stabilisierung und der tief verwurzelten Überzeugung der KurdInnen, dass nur Eigenstaatlichkeit sie vor weiteren Übergriffen schützen kann. Unabhängigkeit ist für alle KurdInnen eine Herzenssache; und auch unter GegnerInnen des Referendums war nicht dieses Ziel umstritten, sondern lediglich der Zeitpunkt der Abstimmung.

Böses Erwachen: Die Ereignisse nach dem Referendum

In Reaktion auf das Referendum rückten die irakische, türkische und iranische Regierung zusammen und vereinbarten militärische und politische Zusammenarbeit gegen ein unabhängiges Kurdistan. Die irakische Regierung wertete das Referendum als Verstoß gegen die irakische Verfassung, verlangte die Annullierung der Ergebnisse, drohte mit strafrechtlicher Verfolgung der Verantwortlichen und verhängte ein Verbot internationaler Flüge in die kurdisch-irakische Region. Am 16.10.2017 marschierte die irakische Armee Seite an Seite mit vom Iran gestützten und ob ihrer Brutalität gefürchteten schiitischen *Hashd-al-Shaabi*-Milizen in die bis dahin von kurdischen *Peshmerga* kontrollierte Erdölstadt Kirkuk ein und übernahm sie fast kampfflos. Nur an wenigen Stellen kam es zu Gefechten – siebzig kurdische *Peshmerga* verloren ihr Leben. Tausende von kurdischen Familien flohen panisch aus Kirkuk – Bilder, die mit der Erinnerung an den Terror des Baath-Regimes verbunden sind und große Panik in der gesamten kurdischen Region auslösten. In den darauffolgenden Tagen übernahm die irakische Armee - wieder mithilfe schiitischer Milizen - auch die Stadt Khanaqin und die Distrikte Altun Kopru, Bashiqa, Makhmur, Sheikhan sowie das Shangal-Gebiet, in dem der IS 2014 grausame Massaker an der yezidischen Bevölkerung verübt hatte - also all die bislang umstrittenen Gebiete, in die kurdische *Peshmerga* im Zuge des Kampfes gegen den „Islamischen Staat“ 2014 vorgerückt waren. Aus der Sicht der irakischen Regierung hat sie damit den verfassungsmäßigen Status Quo wiederhergestellt.

Überleben im Vakuum?

In der Bevölkerung herrschten Schock und Orientierungslosigkeit. Über Nacht hatte Kurdistan-Irak große Teile der seit 2014 kontrollierten Gebiete, den Zugang zu den dortigen Erdölvorkommen und die Kontrolle über die internationalen Grenzen verloren. Die politisch Verantwortlichen der kurdischen Parteien schoben sich gegenseitig die Schuld zu: Die DPK beschuldigte die PUK, ein Abkommen mit der irakischen Regierung über die kampflose Übergabe von Kirkuk getroffen zu haben. Teile der PUK und Gorran machten Barzani und seinen Referendum-Vorstoß für die Katastrophe verantwortlich. Tagelang gab keiner der Verantwortlichen eine klare Stellungnahme an. Später räumte eine Fraktion der PUK ein, mit der irakischen Regierung verhandelt zu haben, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Zum 1.11.2017 trat Massud Barzani dann von seinem Amt als Präsident der Kurdischen Region zurück.

Seither herrscht auf politischer Ebene ein geradezu unheimlicher Stillstand: Die irakische Regierung macht die Annullierung des Referendums, die Übergabe aller internationalen Grenzposten, die Offenlegung der kurdischen Erdöleinnahmen und deren Abführung an die irakische Regierung zur Vorbedingung von Verhandlungen und droht mit einer Kürzung des kurdischen Anteils am Staatshaushalt von 17 auf 13 Prozent. In der kurdischen Region bemüht sich eine „Rest-Regierung“ um den Ministerpräsidenten Nechirvan Barzani und DPK- und PUK-Minister um die Wahrung des Anscheins von Legitimität und Regierungsfähigkeit, betont ihre Verhandlungsbereitschaft mit Bagdad und wirbt - u.a. gerade mit einem Deutschland-Besuch - um internationale Unterstützung. Die Gorran-Bewegung hingegen hat ihren Rückzug aus der jetzigen Regierung angekündigt und fordert deren Rücktritt, die Bildung einer Übergangsregierung für die Verhandlungen mit Bagdad, politische Reformen und baldige Neuwahlen zum Kurdischen Regionalparlament. In diesem politischen Vakuum spitzt sich die Finanzkrise in der Kurdischen Region dramatisch zu. Schon seit 2014 erhalten Angestellte des öffentlichen Dienstes nur unregelmäßig Gehalt; nun gibt es weitere dramatische Einschnitte vor allem bei Renten und Gehältern. Strom, Wasser und Benzin sind knapp; Gesundheits-, Bildungs- und der soziale Sektor liegen brach. Während der Fertigstellung dieses Rundbriefs erreicht uns die Nachricht vom Ausbruch heftiger Proteste in zahlreichen Städten der Region Sulaimania. Wütende DemonstrantInnen, darunter LehrerInnen, öffentliche Angestellte und *Peshmerga* fordern die Absetzung der Kurdischen Regionalregierung, die sofortige Zahlung ausstehender Gehälter und die Sicherstellung von Gesundheits- und sozialen Diensten.

Was macht HAUKARI e.V.?

In der akuten Krisensituation intensivieren HAUKARI-MitarbeiterInnen und PartnerInnen ihre Aktivitäten in der krisengeschüttelten und von der Kurdischen Regierung ebenso wie der Internationalen Hilfe vernachlässigten Germian-Region. Durch die Nähe zu den irakisch kontrollierten Provinzen und den umstrittenen Städten Kirkuk und Khanaqin ist die Germian-Region von der Eskalation der letzten Wochen direkt betroffen; kurzzeitig rückten schiitische Milizen bis in die unmittelbare Nähe der Städte Kalar und Kifri vor und lösten Panik unter der Bevölkerung aus. Zudem suchen Tausende kurdischer Geflüchteter aus der Stadt Tuz Khurmatu, die im Oktober ebenfalls von der irakischen Armee eingenommen wurde, Zuflucht in den Dörfern und Städten der Germian-Region. Am 12.12.2017 erschütterte zudem ein Erdbeben die iranisch-irakische Grenzregion, forderte vor allem auf iranischer Seite zahlreiche Todesopfer und richtete auf irakischer Seite in der Germian-Region erhebliche Schäden an.

Einmal mehr bewähren sich in der akuten Krise die in unserer langjährigen Arbeit mit Anfal-Überlebenden, Frauen und Jugendlichen in Germian entwickelten lokalen Strukturen und Netzwerke: MitarbeiterInnen von **HAUKARI e.V.**, dem **Frauzentrum KHANZAD** und Jugendliche des **Jugend- und Kulturzentrums Kifri** leisteten schnell und unbürokratisch erste Hilfe für geflüchtete Familien aus Tuz Khurmatu. In den Geflüchteten-camps Tazade und Qoratu, in denen das Frauzentrum KHANZAD Frauen unterstützt, werden die neu ankommenden kurdischen Geflüchteten in die Beratungs- und Bildungsarbeit einbezogen.

Neben der akuten Krisenhilfe setzen wir unsere langfristigen Projekte fort. Weiterhin unterstützen wir das **Frauzentrum KHANZAD** bei dessen Arbeit für Schutz, Beratung und Empowerment von Frauen gegen Gewalt. In der aktuellen Situation sehen Frauen in Kurdistan-Irak mit großer Sorge, wie die militärische, politische und wirtschaftliche Krise das Thema Frauenrechte von der politischen Agenda verdrängt und bereits erkämpfte Rechtsreformen ausgehöhlt werden. In der Germian-Region versuchen salafistische Gruppen, Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit unter Jugendlichen auszunutzen und sie an sich zu binden. Gleichzeitig gibt es rund um die Camps von arabisch-sunnitischen Geflüchteten mit unklaren rechtlichen Zugehörigkeiten „rechtshybride“ Räume. In den Camps sind Zwangs- und Frühverheiratungen, Gewalt in der Familie, Polygamie und Zwangsprostitution an der Tagesordnung. Konservative kurdische Kräfte nutzen dies, um in Kurdistan bestehende Schutzmechanismen für Frauen vor Gewalt und Ausbeutung zu umgehen. Die jüngsten Entwicklungen verstärken die Sorge vor einem Rollback kurdischer Rechtsreformen durch den zunehmenden irakischen Einfluss: Als im November 2017 im Irakischen Parlament in Bagdad eine Änderung des Personenstandsgesetzes diskutiert wurde, die das Heiratsalter von Mädchen auf 9 Jahre (!) herabsetzen soll, gingen Frauen im gesamten Irak und der Kurdischen Region zeitgleich dagegen auf die Straße.



Proteste gegen die Senkung des Heiratsalters in Sulaimania, 11/2017

In zwei vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projekten versucht das **Frauzentrum KHANZAD** dieser Entwicklung entgegenzuwirken: Im Zentrum steht dabei die enge Zusammenarbeit mit dem Direktorat zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (DCVAW) des kurdischen Innenministeriums, das in der ganzen Region Anlaufstellen unterhält und Beratung von Betroffenen mit polizeilicher Täterverfolgung verbindet. **KHANZAD** stärkt die DCVAW-Beratungsstellen in den Geflüchteten-camps der Germian-Region und den Gastgemeinden durch Infrastruktur und Qualifizierung und Supervision von MitarbeiterInnen und schult Polizei- und Sicherheitskräfte für den sensiblen Umgang mit von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffenen Frauen. Zudem organisiert **KHANZAD** zusammen mit dem Partner People's Development Organization (PDO) in den Geflüchteten-camps jeweils mehrwöchige Alphabetisierungs- und Bildungskurse für Frauen und junge Männer und schafft so Räume für deren Austausch unterei-

ander und die Thematisierung von Familienkonflikten und Gewalterfahrungen. Seit August 2017 unterstützt **KHANZAD** die DCVAW-Stellen in Kalar und Kifri beim Aufbau von niedrigschwelligen Familienberatungsstellen, die den Schwerpunkt auf Gewaltprävention legen und fördert lokale Netzwerke von AkteurInnen aus Justiz, Polizei, dem Gesundheits- und Bildungsbereich und den Medien zur Vorbeugung von geschlechtsspezifischer Gewalt. So gab es rund um den 25.11.2017 – den Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen – in allen Städten der Germian-Region ganztägige Konferenzen mit DirektorInnen und SozialarbeiterInnen von Schulen zur Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Gewalt und eine auf Geschlechtergerechtigkeit gerichtete Pädagogik.

Zu einem langfristigen Projekt hat sich auch das von **HAUKARI e.V.** und **medico international** unterstützte **Jugend- und Kulturzentrum in Kifri** entwickelt. Entstanden ist es 2014 aus einer Initiative von Kunststudenten, die ein historisches Postgebäude in ein kleines Museum mit Ausstellungs- und Veranstaltungsräumen und Dialog- und Bildungszentrum für lokale und geflüchtete Jugendliche verwandelten. Inzwischen hat die Stadtverwaltung Kifri **HAUKARI e.V.** ein leerstehendes und weitläufiges Gebäude als zweiten Standort zur Verfügung gestellt. Unter dem Projektdach gibt es inzwischen eine 35köpfige Frauenkunstgruppe, eine Theater-, eine Film- und eine Musikgruppe und eine Vielzahl von Festivals, Filmvorführungen, Veranstaltungen, Bildungskursen und Freizeitaktivitäten. Das Zentrum hat sich zur Anlaufstelle für lokale und geflüchtete Jugendliche entwickelt. Mit dem Fokus auf Kunst- und Kulturaktivitäten schafft es Räume, in denen Jugendliche jenseits politischer Affinitäten und ethnischer Zugehörigkeiten zusammenkommen können. Mit gemeinsamen Street Art Aktionen und der Instandsetzung baufälliger historischer Gebäude übernehmen die Jugendlichen selbst Verantwortung für ihre Stadt und den öffentlichen Raum. Die im Zentrum aktiven Jugendlichen verstehen ihre Initiative als Gegenentwurf zu Perspektivlosigkeit und fundamentalistischen Tendenzen in der Region. „**Gegen ISIS und Fundamentalismus hilft nur eins**“ sagt einer der Jugendlichen: „**Räume schaffen, in denen wir das Leben feiern**“.



Musik- und Kunstkurse im Jugend- und Kulturzentrum Kifri

Für die Förderung unserer Arbeit bedanken wir uns beim **Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**, dem **Auswärtigen Amt**, unseren Kooperationspartnern **medico international** und **medica mondiale** sowie der **Gemeinde Bingen/Sigmaringen** für ihre Unterstützung der Geflüchtetenhilfe. Ein besonderer Dank geht an unsere privaten SpenderInnen! Es sind Ihre/Eure kleinen und großen Spenden, durch die wir unseren lokalen PartnerInnen auch zwischen einzelnen Projektförderphasen Planungssicherheit und Kontinuität zusichern können und die es uns ermöglichen, in akuten Krisen- und Konfliktsituationen schnell und flexibel zu reagieren.

Für das Neue Jahr wünschen wir unseren FreundInnen und PartnerInnen in Kurdistan-Irak
Kraft und Mut zum Dialog inmitten düsterer Zeiten
und uns selbst und Ihnen/Euch Ideen für Auswege aus dem ohnmächtigen Zuschauen.

Mit herzlichen Grüßen, **HAUKARI e.V.**

Kontaktadressen:

Susanne Bötte, Falkstr. 34, 60487 Frankfurt, Tel. 069 / 7076 0278
Karin Mlodoch, Tel. 0160 / 9777 4422, Email: mlodoch@hawkari.de
Email: info@hawkari.de, Internet: www.hawkari.de

Bankverbindung:

Name: HAUKARI e.V.
IBAN: DE82 5502 0500 0008 6286 00
BIC: BFSWDE33MNZ



Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
Geprüft +
Empfohlen